

irischen *No*, und damit die seit anderthalb Jahrzehnten debattierte und herbeigesehnte neue Architektur einer erweiterten Union?

Wie gesagt, schade, dass Juncker, Blair & Co. – die Namen tun im Übrigen nichts zur Sache – in diesem Jahr 2009 dem Projekt Europa nicht mehr persönliches Profil und Ausdruck verleihen können. Schade auch, dass die Europa-Wahl den Institutionen, vom Ratspräsidenten bis zu den nationalen Parlamenten und Bürgern, nicht eine prominentere Rolle zuweisen kann, weil das Lissaboner Reformwerk nicht zur Verfügung steht.

Das macht die Europäische Union gerade auf internationalem Parkett ungelenk,

und dagegen hilft kein noch so gutes Training. Den Beobachtern wird das um so mehr ins Auge stechen, wenn mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama ein Mann auftritt, der zuhören kann, der den Dialog sucht, und dem als geschulter Jurist die Macht der Norm wohl vertraut ist. Kurz, der auf seine Weise einige der europäischen Vorzüge mit einer Eleganz anwenden kann, die Europas Politikern fremd ist, schon weil die alten Verträge schwer an ihren Schuhen kleben.

Eleganz steht im Juni also nicht zur Wahl. Aber sonst muss einem am Wahltag nicht bang sein um die EU. Europa ist nicht immer auf dem richtigen Weg: Aber es ist der richtige Weg.

*Angelica Schwall-Düren*

## Die soziale Dimension entscheidet

*An der Europawahl 2004 beteiligten sich hierzulande nur 43 % der Wahlberechtigten. Einerseits ist zwar eine Mehrheit der Deutschen überzeugt, dass die dringlichsten Probleme auf europäischer Ebene gelöst werden müssen. Andererseits glaubt aber nur ein Drittel, dass ihre Stimme bei der Europawahl zählt. Wie kann die Sozialdemokratie diesem Trend entgegenwirken?*

Auch in Europa »ist die Luft voller sozialdemokratischer Themen« (*Franz Münteferring*). Die jüngste Finanzkrise hat zweierlei verdeutlicht: Zum einen, dass die Forderung nach einer wirksamen Regulierung des Marktes richtig ist. Jeder Markt benötigt Regeln. Das betrifft nicht nur die Regulierung der globalen Finanzmärkte, sondern die gesamte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in Europa. Die EU kann und muss sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene dazu beitragen, solche Regeln zu entwickeln und umzusetzen.

Die Sozialdemokratie setzt sich seit langem für eine aktive und koordinierte europäische Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik ein, wie sie in einer globalisierten Welt auch dringend erforderlich ist. Es wird immer deutlicher, dass nicht nur die

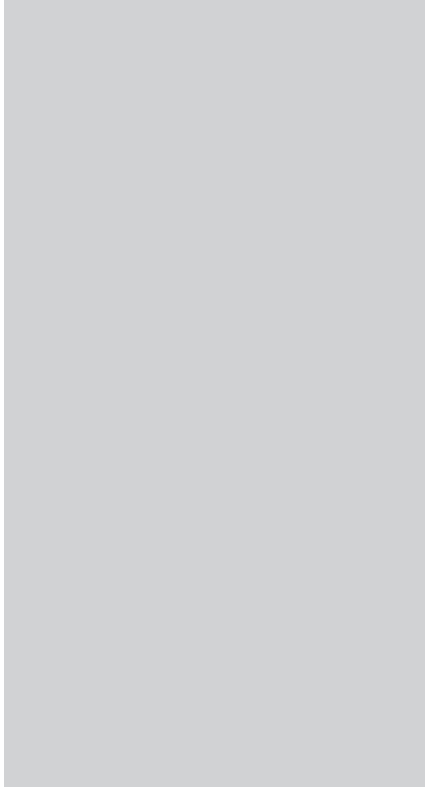


**Angelica Schwall-Düren**

(\* 1948) ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und leitet die Europapolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand.

[angelica.schwall-dueren@bundestag.de](mailto:angelica.schwall-dueren@bundestag.de)

Preisstabilität der Zusammenarbeit in der EU bedarf, sondern dass auch Wachstum und Beschäftigung im europäischen Raum gefördert werden müssen. Wenn dies zutrifft, dann muss auch in Zukunft die europäische Integration vorangebracht werden. Klare Mehrheiten können festlegen, wie das Zusammenleben in der Union organisiert werden soll. Außerdem ist der Einfluss der EU in der Welt am größten,



wenn sie mit einer Stimme spricht und gemeinsame Interessen vertritt.

In der Außenhandelspolitik ist dies seit langem der Fall. Für die Außen- und Sicherheitspolitik galt dies bislang nicht immer, obwohl 82 % der Deutschen eine *gemeinsame* europäische Außen- und Sicherheitspolitik wollen. Deshalb wird die SPD deutlich machen müssen, dass sie für eine einige und starke EU eintritt, die dazu beiträgt, den Frieden zu sichern und die Armut zu bekämpfen.

### **Balance zwischen Binnenmarkt und sozialem Europa**

Je einheitlicher die europäischen Regeln für den innereuropäischen Handel sind, desto besser sind die Voraussetzungen für die Un-

ternehmen. Außerdem stärkt ein einheitlicher europäischer Binnenmarkt die EU im weltweiten Wettbewerb mit den USA, Japan, China und Indien. Die Bürgerinnen und Bürger wollen aber vor allen Dingen, dass der gemeinsame Markt um eine soziale Dimension ergänzt wird. Desinteresse an der EU und ihre Ablehnung resultieren vor allem daraus, dass die Menschen die Gemeinschaft als marktradikal erleben und die EU in Verdacht haben, die neoliberale Vorhut der Globalisierung zu sein.

Dieser Verdacht wird nicht nur durch die Politik einer deutlich konservativ, bzw. liberal ausgerichteten Kommission genährt, sondern lässt sich auch festmachen an der in sozialer Hinsicht negativen Integration, die erst bei immer stärkerer Vollendung des Binnenmarktes und gleichzeitig national gestalteter Sozialpolitik sichtbar geworden ist. Ausfluss dieser Entwicklung sind einige jüngere Urteile des Europäischen Gerichtshofes (*Viking, Laval, Rüffert, Luxemburg*), die den Vorrang der europäischen Grundfreiheiten vor der sozialen Dimension festschreiben. Bei der Wahl 2009 geht es daher vor allem um die Entscheidung, ob das soziale Europa gestärkt werden kann. Das bedeutet in erster Linie, dafür zu sorgen, dass das Primärrecht die soziale Dimension deutlicher und verbindlicher betont.

Sozialdemokraten stehen nach wie vor dafür ein, dass die Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes durch soziale Grundrechte ergänzt werden. Der Reformvertrag von Lissabon enthält dafür die notwendigen Voraussetzungen. Die Europäische Grundrechtecharta ist Teil des Vertrags und enthält wichtige soziale Rechte, zum Beispiel in Artikel 14 das Recht auf Bildung und in Artikel 28 das Streikrecht. Außerdem tritt die SPD dafür ein, eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen zu verankern. Jede EU-Maßnahme soll in Zukunft daraufhin überprüft werden, ob sie sozialen Fortschritt oder Rückschritt bringt. Damit wird eine Forderung der deutschen Gewerkschaften übernommen,

die so als Bündnispartner für ein soziales Europa gewonnen werden können.

Zur sozialen Dimension der EU gehört »Gute Arbeit«. Wir brauchen in der EU nicht irgendwelche Arbeitsplätze, sondern qualitativ gute Jobs. Gute Arbeit in Europa heißt: Geltung sozialer Mindeststandards, die allen Arbeitnehmern ein Mindestmaß an sozialem Schutz europaweit garantieren. Nur so kann ein ruinöser Wettbewerb um Arbeits- und Sozialstandards verhindert und das europäische Sozialmodell erhalten und fortentwickelt werden. Dies könnte mit Hilfe eines sozialen Stabilitätspakts in der EU erreicht werden.

Es geht in der nächsten Amtsperiode des EP aber auch um ganz konkrete Maßnahmen:

- Die Entsenderichtlinie muss so verändert werden, dass Mindestlöhne nicht zu Maximallöhnen gemacht werden.

- Für die Vergaberichtlinie brauchen wir Klarstellungen, damit ökologische und soziale Standards anfechtungsfrei in Ausschreibungen verankert werden können.

- Die Daseinsvorsorge muss weiter für alle zugänglich in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen. Viele dieser Dienstleistungen können nur oder am besten vor Ort organisiert werden. Das wissen die Kommunalpolitiker am besten. Die Erfahrungen mit privatisierten Stadtwerken und anderen ehemals öffentlichen Anbietern haben gezeigt, dass es oftmals sinnvoller ist, wenn die Kommunen für die öffentliche Daseinsvorsorge verantwortlich bleiben. Diese Möglichkeit muss auch in den Beihilfe- und Vergaberegungen der EU erhalten bleiben.

Sozialer Schutz beinhaltet übrigens auch den Schutz vor Diskriminierung. Homosexuelle, Behinderte, alte Menschen und andere schutzbedürftige Gruppen in ganz Europa wissen zu schätzen, dass die Sozialdemokratie sich für einen einheitlichen europäischen Diskriminierungsschutz einsetzt. Über die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten wachen die Be-

triebsräte. Deshalb stehen Sozialdemokraten für die Verbesserung der europäischen Betriebsräterichtlinie und die Ausdehnung ihres Geltungsbereiches ein. Bei der Europäisierung von Unternehmen dürfen die Beteiligungsrechte nicht untergehen.

## Nachhaltiges Wachstum

Gute Arbeit muss ergänzt werden durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das Arbeitsplätze und Fortschritt schafft und gleichzeitig die Gesundheit der Menschen und die Umwelt schützt. Erneuerbare Energien bieten die Chance einer sauberen und unabhängigen Zukunft. Sie haben zudem ein enormes Wachstumspotenzial. Schließlich bieten sie die einzige Möglichkeit, um langfristig eine unabhängige Energieversorgung sicherzustellen. Die EU hat bereits eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die in den kommenden Jahren umgesetzt und ergänzt werden müssen. 85 Prozent der Deutschen wollen, dass über den Umweltschutz auf europäischer Ebene entschieden wird. Die SPD wird diese Menschen im Europäischen Parlament vertreten.

Zum Zeitpunkt der Europawahl 2009 steht die EU an einer Weggabelung: Zur Wahl stehen das soziale Europa der Sozialdemokraten oder das Markt-Europa der Konservativen und Liberalen. Es gilt, die Menschen dazu zu bewegen, ihre Interessen bei der Europawahl zu vertreten: Für eine neue Balance von EU-Binnenmarkt und sozialer Dimension; für eine ausgewogene EU-Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik; für sozialen Schutz und soziale Rechte in Europa; für die EU als Vorreiterin beim Klimaschutz; für eine verantwortungsvolle Rolle der EU in der Welt; für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger.

Wenn es gelingt, diese Alternative zur europäischen Marktgesellschaft der Konservativen und Liberalen klar herauszuarbeiten, haben die Sozialdemokraten in der Europawahl 2009 echte Chancen.